



attac

Eine
Veranstaltung
von Attac und
DGB Dortmund



Inflation -

viele verlieren, wer gewinnt?

Referent: Axel Troost

Montag, 15. August 2022, 19 Uhr

Ort: DGB-Haus, Ostwall 17 – 21

Dr. Axel Troost

- * Geschäftsführer der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik (Memorandumgruppe)
- * Senior Fellow für Wirtschaftspolitik bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung
- * Mitglied im Vorstand und Geschäftsführer des ISM - Institut Solidarische Moderne

Angebotsseitige Inflation



Schon im MEMORANDUM 2022
Kapitel 4: Inflation – Triebkräfte
bändigen und sozial flankieren

- ➡ Inflation geht von Störungen auf der Angebotsseite aus.
- ➡ Monetaristische Sichtweise gewinnt an Bedeutung in der Debatte, gibt aber keine empirisch überzeugende Erklärung.

Seit 2020 Achterbahn der wirtschaftlichen Entwicklung

- Wirtschaftsabschwung durch Corona 2020
- Wirtschaftsaufschwung 2021 dank staatlicher Stützungsmaßnahmen
- Neuerliche Krise durch Krieg Russlands gegen die Ukraine
- China: Anhaltende Schwierigkeiten mit Corona
- Plötzlich Inflation

Im Jahresverlauf 2021 nimmt die Inflationsrate stark zu, nach Kriegsbeginn verschärft sich die Entwicklung

Verbraucherpreise

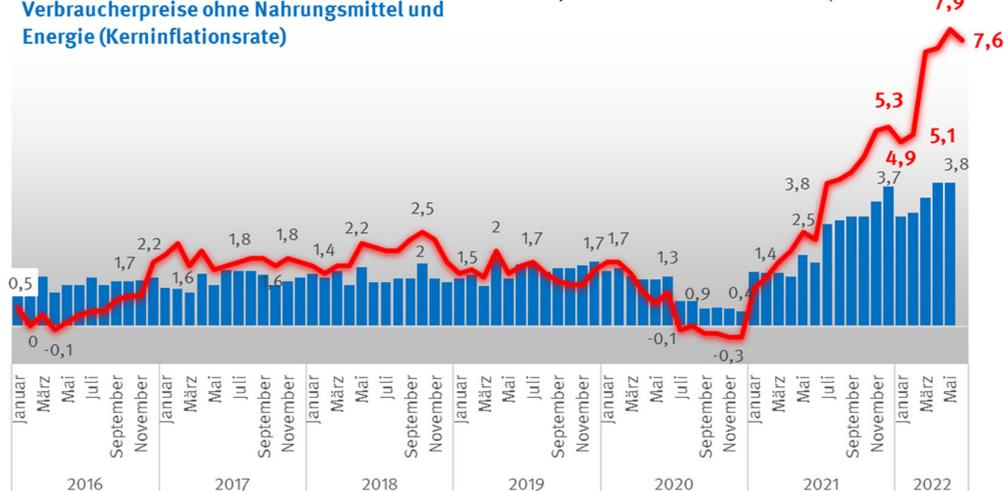
Veränderung zum Vorjahresmonat in Prozent, letzter Wert: Juni 2022*

Verbraucherpreise insgesamt

Verbraucherpreise ohne Nahrungsmittel und Energie (Kerninflation)

Harmonisierter Verbraucherpreisindex

Juni 2022*: + 8,2 Prozent



Quelle: Statistisches Bundesamt, *=vorläufig

Grafik: IG Metall, Koordination Branchenpolitik

Fragestellungen für heute

- Woher kommt die Inflation?
- Ist die Geldpolitik der EZB oder die Finanzpolitik die Ursache?
- Eine globale Entwicklung oder beschränkt?
- Wer leidet besonders unter der Inflation?
- Bleibt sie dauerhaft?
- Ist die Dämpfung der Konjunktur durch Zinserhöhungen ein geeignetes Mittel zur Bekämpfung?
- Sind die Steuervorschläge von Lindner geeignete Maßnahmen
- Gibt es Alternativen?

Ursachen von / Erklärungen für Inflation

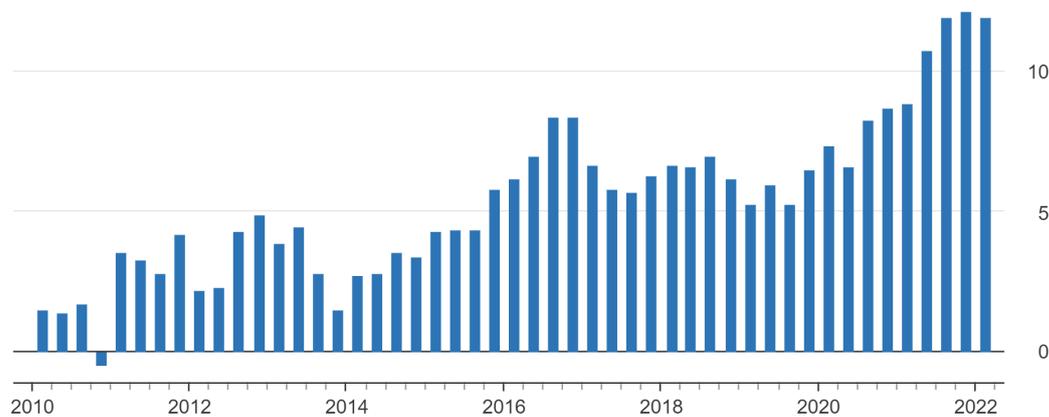
- Geld-flation
- Wechselkurs-flation
- Klima-flation
- Green-flation
- Nachfrage-flation
- Lieferketten-flation
- Fossil-/Rohstoff-flation
- Gier-flation
- Lohn-flation

Auch Immobilienpreise legen zu

Preise für Wohnimmobilien steigen um 12 Prozent

Häuserpreisindex (2015 = 100)

Veränderungsrate zum entsprechenden Vorjahresquartal, in %

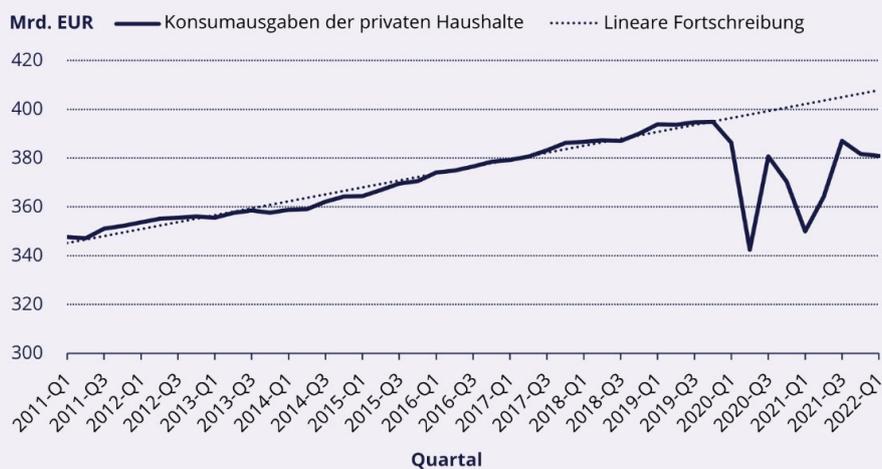


© Statistisches Bundesamt (Destatis), 2022

Nachfrage-flation

Konsumausgaben privater Haushalte

In Mrd. EUR, verkettete Volumen, saison- und kalenderbereinigt



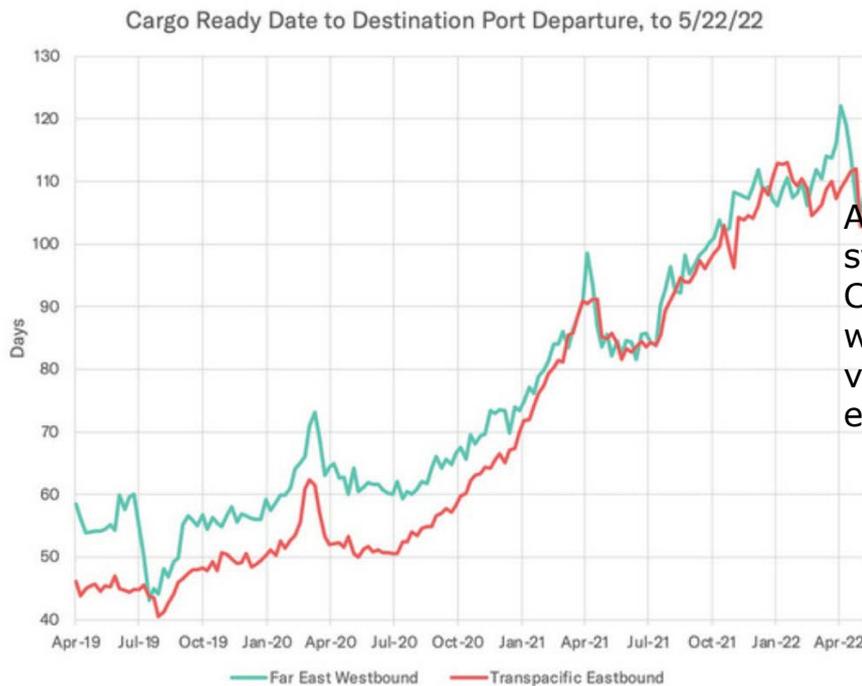
Lesebeispiel: Hätten sich die Konsumausgaben privater Haushalte nach Q1 2020 so weiterentwickelt wie in den neun Jahren zuvor, lägen sie heute bei über 400 Mrd. Euro pro Quartal anstatt den tatsächlich beobachteten 380 Mrd. Euro in Q1 2022.

Quelle: Eurostat

Dezernat Zukunft

Institut für Makrofinanzen

Produktionsketten: Containerlaufzeiten



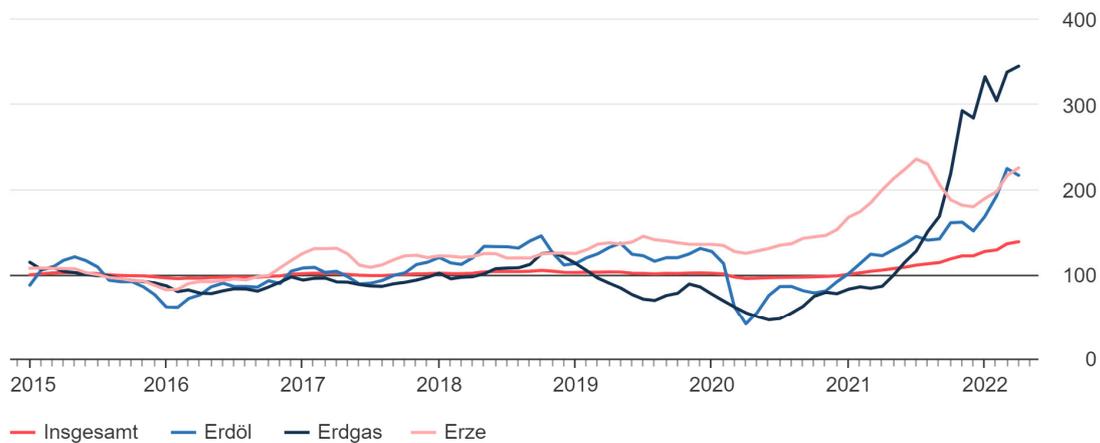
Allein aus steigenden Containertarifen wird Preisanstieg von ca. 1,5% erwartet.

Sources: Flexport Research

Die Inflation ist importiert

Vor allem der Erdgaspreis geht durch die Decke

Index der Einfuhrpreise
2015 = 100



© Statistisches Bundesamt (Destatis), 2022

Lohn-Preis-Spirale?

Beschäftigte verlieren stark an Kaufkraft

Die hohe Inflation in Deutschland hat im 1. Quartal 2022 zu einem Reallohnrückgang geführt: Die Löhne stiegen 4,0 Prozent, die Preise um 5,8 Prozent. Dies ergibt einen realen (preisbereinigten) Verdienstrückgang von 1,8 %.

Nach den bisherigen Prognosen werden die realen Lohnverluste für das gesamte Jahr 2022 noch viel höher ausfallen.

Die Beschäftigten – und noch mehr die Bezieher*innen von Transferleistungen – drohen die Verlierer*innen bei den Wohlstandsverlusten durch die importierte Inflation zu werden.

Fazit: Kennzeichen der aktuellen Preisentwicklung

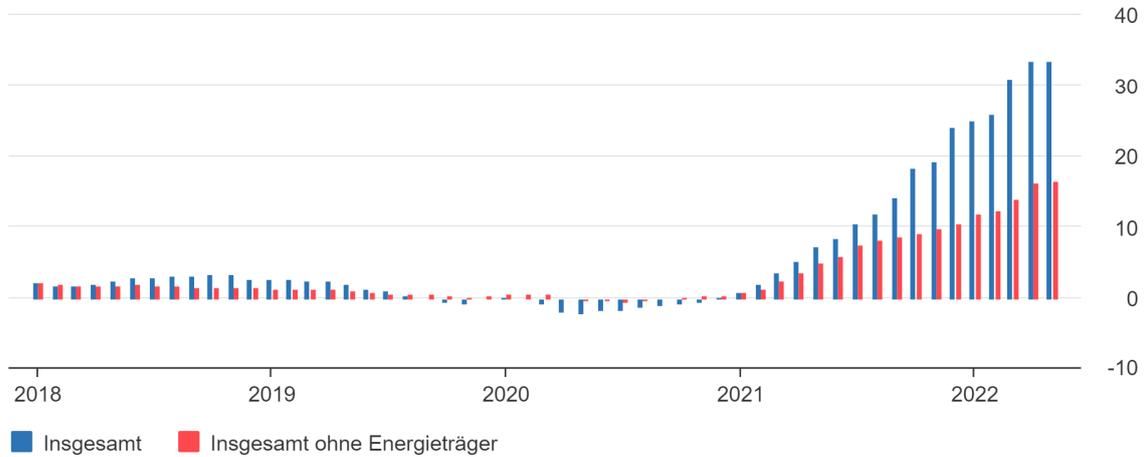
- Kein allgemeiner Preisanstieg
 - › Konzentration auf zentrale Rohstoff-Sektoren
 - › Ausstrahlung auf Endprodukte
 - › Hohe Produktionsnachfrage trifft auf reduzierte Zulieferungen (z.B. Halbleiter)
- Kein Nachfrageüberhang
 - › Nachfrageniveau unter Vor-Corona-Niveau
- Kein Lohndruck
- Zentrale Problemfelder:
 - › Störung der globalen Handelsketten und damit Produktionsausfälle
 - › Massive Preissteigerungen bei zentralen Rohstoffen: Energie & Nahrungsmittel

Erzeugerpreise legen stark zu

Unternehmen geben höhere Preise an die Kunden weiter

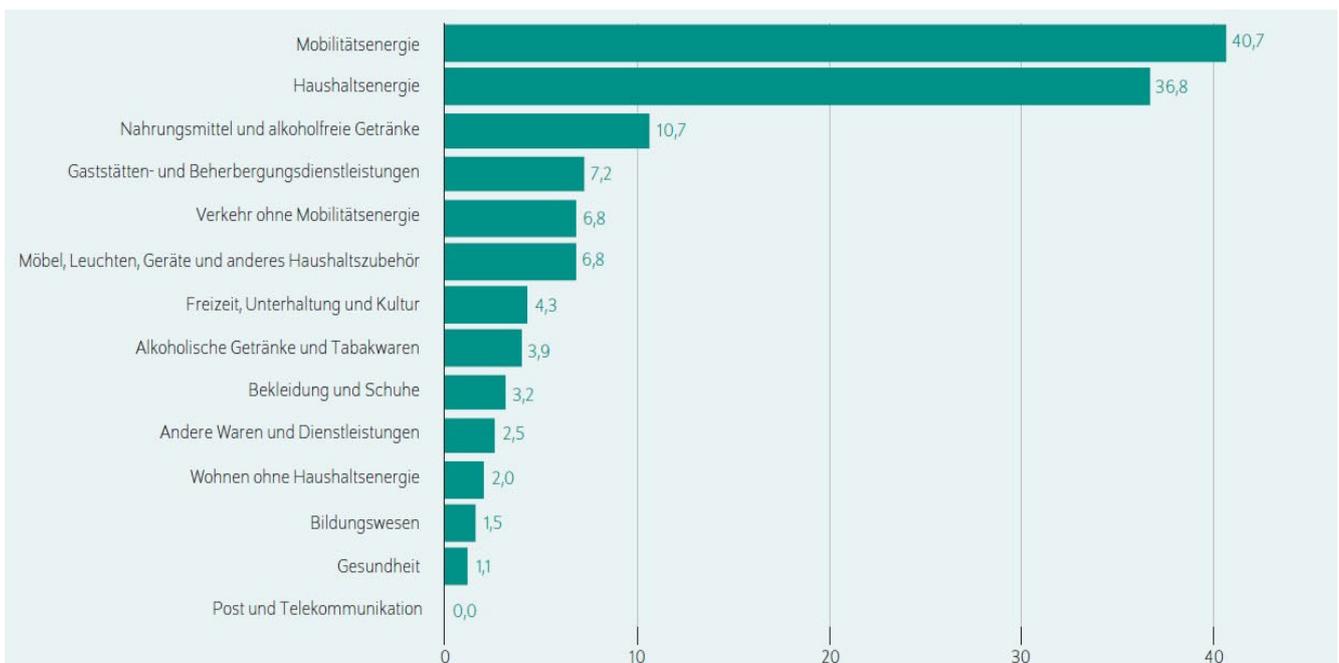
Indizes der Erzeugerpreise (2015 = 100)

Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat, in %



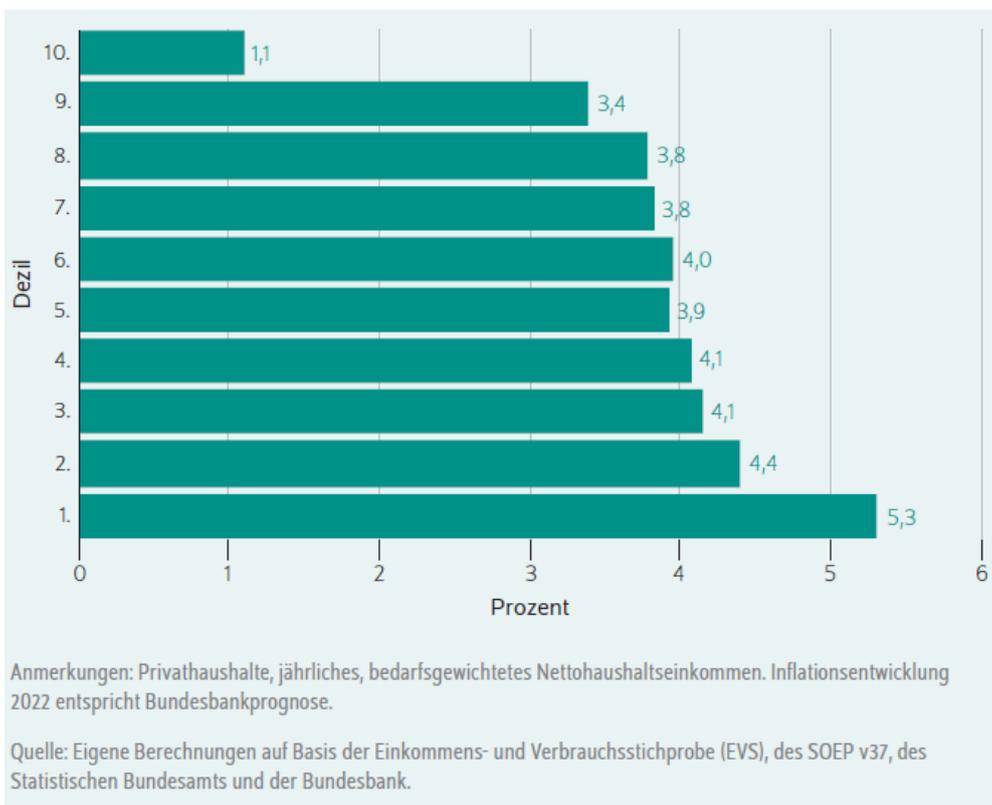
© Statistisches Bundesamt (Destatis), 2022

Inflationsrate einzelner Konsumbereiche (Mai 2022)



Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis des Statistischen Bundesamts.

Belastung durch die Inflation (nach Einkommensdezile)



Ausgewählte haushaltsspezifische Inflationsbeiträge im Mai 2022

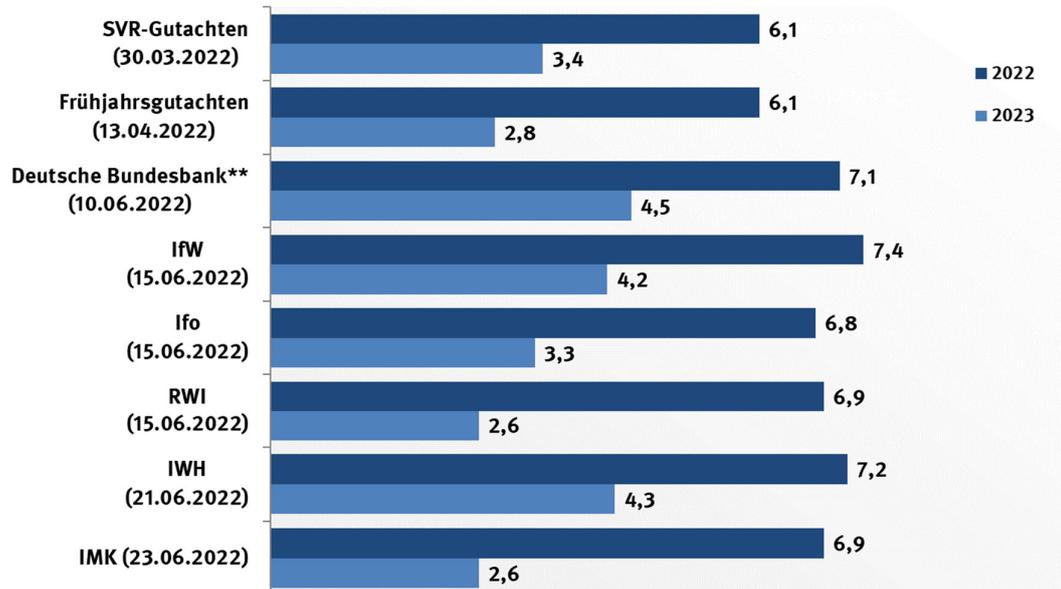
Inflationsbeiträge in Prozentpunkten	Paar, 2 Kinder 2.000–2.600 €	Paar, 2 Kinder 3.600–5.000 €	Alleinlebende < 900 €	Alleinlebende 1.500–2.000 €	Alleinlebende ≥ 5.000 €
Nahrungsmittel, Getränke, Tabak	2,1	1,7	2,0	1,4	0,8
Miete, Nebenkosten, Instandhaltung	0,5	0,6	0,7	0,6	0,6
Haushaltsenergie	2,6	1,8	3,3	2,3	1,4
Kraft- und Schmierstoffe	1,9	1,9	0,6	1,3	1,3
Verkehr ohne Kraftstoffe	0,5	0,7	0,2	0,5	0,5
Freizeit und Kultur	0,4	0,5	0,3	0,5	0,6
Übrige Konsumausgaben	0,8	1,1	0,7	1,0	1,4
Inflationsrate in %	8,9	8,2	7,8	7,7	6,5

Die Prognosen erwarten bisher für 2023 eine deutlich schwächere Preisdynamik

Prognosen des Verbraucherpreisanstiegs 2022 und 2023

Veränderung zum Vorjahr in Prozent

2021: + 3,1 Prozent*



**HVPI

Quelle: Prognosen der Institute, *Destatis

Grafik: IG Metall, Koordination Branchenpolitik

Maßnahmen gegen die Inflation

- **Geldpolitik**
- **Preiskontrollen**
- **Sozialer Ausgleich**

Geldpolitik

Dilemma der Geldpolitik

Die **Zinswende** wurde von der EZB eingeleitet. Andere Notenbanken (vor allem die FED) haben schon kräftige Zinsschritte beschlossen.

Die **Angebotsverknappungen** können durch die EZB nicht aufgehoben werden.

Eine Eindämmung der Inflation kann erst erreicht werden, wenn die Nachfrage einbricht und sich so dem verknüpften Angebot anpasst. **Dann befinden wir uns in der Rezession.**

Preiskontrollen

Gaspreisdeckel begrenzt den wichtigsten Inflationstreiber

Der Ansatz geht aktuell auf **Isabella Weber** zurück. Das IMK und die Gewerkschaften haben ihn aufgegriffen.

Grundidee: Preis für den Gasverbrauch der ersten etwa 8000 KWh pro Haushalt auf z.B. 7,5 Cent pro KWh zu deckeln (für größere Haushalte könnte man diesen Sockel anpassen). Der Gasverbrauch, der über diesen Sockel hinausgeht, wird zum höheren Marktpreis veranschlagt. Anbieter würden für mögliche Verluste staatlich kompensiert.

Nachteil: Extraprofite der Energiekonzerne werden noch subventioniert.

Sozialer Ausgleich

Es wird nicht die Inflation bekämpft, sondern die sozialen Folgen

Die Entlastungspakete der Bundesregierung gehen in diese Richtung, auch wenn sie sozial und ökologisch noch wenig zielgenau und vom Volumen zu klein sind.

In diesem Sinne könnten weitere Programme aufgelegt werden. Auch eine dauerhafte Veränderung der Sekundärverteilung über die Steuerpolitik kann eine Entlastung für die Inflationsfolgen bedeuten. Auch eine Übergewinnsteuer zur Finanzierung eines solchen Ausgleichs kann in Betracht kommen.

Die soziale Abfederung kann auch mit den anderen Vorschlägen kombiniert werden.

Wir brauchen eine breite Kampagne zum Thema *Bezahlbarkeit des Lebens*. Hierfür suchen wir den Schulterschluss mit Gewerkschaften und Sozialverbänden. Schließlich ist die Verbesserung von Lebensbedingungen das Grundmotiv der gesellschaftlichen Linken. In den Meinungsumfragen zeigt sich, dass die Sorgen mit Blick auf die Lebenshaltungskosten deutlich zunehmen: *wir nähern uns einem Kipppunkt*.

Seit Hartz IV lagen soziale Themen nicht mehr so sehr auf dem Tisch wie heute. Durch die Betroffenheit breiter gesellschaftlicher Schichten, mindestens mit finanziellen Einschränkungen infolge der Preiskrise, bietet sich für uns die Gelegenheit, aus der Nische herauszutreten.

Wir fokussieren uns dabei vor allem auf die Bereiche Miete, Verkehr/Mobilität, Lebensmittel und Energie.

Mit einem Fokus auf die Bezahlbarkeit des Lebens setzen wir uns konkret ein für die Ärmsten, streiten damit aber auch dafür, dass mittlere Einkommensgruppen nicht bald zu den Armen gehören werden. Wir haben also die Chance, über das Thema der Bezahlbarkeit breitere Bevölkerungsschichten als bislang mit sozialen Belangen zu erreichen.

Wir müssen einsteigen in Bündnisarbeit und eine Kampagne konzipieren und gemeinsam mit unseren Partnerorganisationen durchführen. *Wir müssen Menschen einen Anlaufpunkt geben für ihre Emotionen und eine Gemeinschaft erzeugen: Gemeinsam sind wir stark.* Hierfür bedarf es konkreter Vorschläge und ein abgestimmtes Vorgehen.

Vergleich der Entlastungswirkung nach den Eckpunkten Inflationsausgleichsgesetz und einer Ergänzung um eine Direktzahlung in Höhe von 300 Euro

zu versteuerndes Einkommen (Single)	Eckpunkte Inflationsausgleichsgesetz	Eckpunkte Inflationsausgleichsgesetz plus Direktzahlung 300,- Euro
10.000 €	0,00 €	300,00 €
20.000 €	115,00 €	338,00 €
30.000 €	172,00 €	383,00 €
40.000 €	250,00 €	450,00 €
50.000 €	352,00 €	540,00 €
60.000 €	471,00 €	647,00 €
70.000 €	536,00 €	695,01 €
80.000 €	536,00 €	695,01 €
90.000 €	536,00 €	695,01 €
100.000 €	505,34 €	672,41 €
120.000 €	505,34 €	672,41 €

Statt Mehrwertsteuersenkung Direktauszahlungen

Wer spart wieviel bei einer Mehrwertsteuersenkung für Nahrungsmittel auf 0% (Steuer- ausfälle 2018 8,4 Mrd. Euro) und was könnte man alternativ mit 8,4 Mrd. Euro finanzie- ren?								
	bei MwSt.-Senkung		bei Direktauszahlung pro Kopf					
	Wieviel MwSt. pro Jahr spart das		1. an „die untere Hälfte der Gesell- schaft“		2. doppelt so hoch wie bei MwSt.-Senkung		3. an alle Armutsge- fährdeten	
	ärmste Zehntel	reichste Zehntel		Besser- stellung um		Besser- stellung um		Besser- stellung um
Alleinlebende	91,14 €	142,77 €	219,59 €	141%	182,28 €	100%	631,03 €	592%
Paare ohne Kinder	187,69 €	274,76 €	403,86 €	115%	364,56 €	94%	1.262,06 €	572%
Paare mit 2 Kindern	264,86 €	397,76 €	605,79 €	129%	546,84 €	106%	1.893,09 €	615%
Begünstigter Teil der Bevölkerung	10,0%	10,0%	50,0%		60,2%		16,0%	

Quelle: Berechnungen für 2018 auf Grundlage von Statistisches Bundesamt, Sonderauswertung der Ein-
kommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) 2018 nach Dezilen

Aktuell zentrale Forderungen

- Alle Haushalte brauchen kostengünstige Grundkontingente für Strom und Gas, nur darüber hinausgehender Verbrauch darf teurer werden. So wird Energiesparen belohnt.
- Für alle, die es brauchen, ein zeitnahe Inflationenausgleichszuschuss als Direktauszahlung. Dauerhafte Erhöhung der monatlichen Sozialleistungen, Renten und BaföG etc.; Ausweitung Wohngeldbezug
- Das 9-Euro-Ticket dauerhaft anbieten, den Nahverkehr ausbauen und schrittweise kostenfrei machen. Das hilft dem Klima, macht alle mobil und entlastet von hohen Energiepreisen.
- Die Pendlerpauschale ist ungerecht: Wer wenig verdient, hat keine Vorteile. Es braucht ein Mobilitätsgeld für alle Pendler:innen, egal ob für Auto oder Bahn und auch für niedrige Einkommen.
- Die Löhne und Gehälter müssen deutlich **Aktuell zentrale Forderungen**
- steigen.
- Einführung einer Übergewinnsteuer – z.B. Antrag Bremer Landes-
regierung im Bundesrat

Finanzierung

Möglich erscheint, dass sich die gegenwärtige Koalition unter großem öffentlichem Druck auf weitere Entlastungsmaßnahmen einigt. Auch diese müssten erst einmal gegen Lindner durchgesetzt werden, doch der Widerstand des Finanzministers und einer zunehmend unbeliebten FDP dürfte nicht ganz so vehement ausfallen wie bei der Einführung einer neuen Steuer.

Juristische Hürden sind nicht zu befürchten, da die Schuldenbremse dieses Jahr immer noch ausgesetzt ist.

Solange die »außergewöhnliche Notsituation« fortbesteht, ließe sich diese Aussetzung auch problemlos fortführen. In der Krise zur Sparsamkeit zurückzukehren empfiehlt hingegen nicht einmal der wirtschafts-wissenschaftliche Mainstream.

Problem Eurozone

- Eurozone steht vor existentiellem Bestandstest
- Fähigkeit der Euro-Teilnehmer, lohnpolitisch abgestimmt auf die Inflationsrate von über 8% zu reagieren, ist nicht erkennbar
- Gefahr besteht nicht in einer Eurozonen-weiten Preis-Lohn-Spirale.
 - › EZB-Reaktion würde technisch durch Konjunkturbremsen mit Anstieg Arbeitslosigkeit erfolgen
- Gefahr besteht im Entstehen unterschiedlicher Inflationsraten durch unterschiedliche Lohnstrategien
- Entstehung verstärkter Zinsunterschiede zwischen den Staaten der Eurozone:
 - › Reaktion der EZB mit Sonderprogramm zum selektiven Ankauf von Staatsanleihen („Transmission Protection Instrument, TIP“)